



EU-Kommission prüft deutsche Sanierungsklausel

[06.05.2010]

Von: **Heike Schwab**

Im Zuge der Unternehmensteuerreform 2008 wurden in § 8c KStG die steuerlichen Regelungen für Kapitalgesellschaften zur Aufrechterhaltung und weiteren Verwertung von Verlustvorträgen bei einem Anteilseignerwechsel neu konzipiert. Schädlich ist danach ein Anteilseignerwechsel innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren, wobei die Verlustvorträge bei einem Erwerb von über 25 % quotal und von über 50 % vollständig untergehen.

Der deutsche Steuergesetzgeber hat im Rahmen des Bürgerentlastungsgesetzes aufgrund der Kritik an dieser Neuregelung und als Reaktion auf die Finanz- und Kapitalmarktkrise eine sogenannte „Sanierungsklausel“ in § 8c KStG in Form eines neuen Absatzes 1a eingefügt. Diese Klausel gilt rückwirkend für den Veranlagungszeitraum 2008 und ist auf alle Anteilerwerbe anzuwenden, die nach dem 31.12.2007 erfolgen.

Die Sanierungsklausel besagt, dass ein Anteilerwerb unbeachtlich ist, es also nicht zu einem Untergang der Verlustvorträge kommt, wenn der Beteiligungserwerb zum Zwecke der Sanierung des Geschäftsbetriebes der Körperschaft erfolgt. Hierbei wird Sanierung als eine Maßnahme definiert, die darauf gerichtet ist, die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung zu verhindern oder zu beseitigen und zugleich die wesentlichen Strukturen zu erhalten.

Nun hat die Europäische Kommission mitgeteilt, dass sie Zweifel an der Vereinbarkeit der Regelung zur Sanierungsklausel mit dem gemeinsamen Markt hat und ein förmliches Prüfverfahren nach Artikel 108 Abs. 2 AEUV eröffnet. Die Kommission ist derzeit der Auffassung, dass es sich bei der Sanierungsklausel um eine staatliche Beihilfe handeln könnte, weil nicht zwischen angeschlagenen und gesunden Unternehmen unterschieden wird. Die Kommission führt an, dass staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen und den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind. Ein Steuereinnahmeverlust – hier wird mit Steuermindereinnahmen infolge der Sanierungsklausel in Höhe von EUR 900 Mio. gerechnet – stehe der Verwendung staatlicher Mittel gleich. Die Sanierungsklausel schaffe weiterhin den Anreiz für Investoren, in angeschlagene Unternehmen zu investieren, nicht aber in andere Unternehmen.

Das Bundesministerium der Finanzen hat mit Schreiben vom 30.04.2010 auf die Einleitung des Prüfungsverfahrens reagiert. Aus dem Schreiben ergeben sich folgende Auswirkungen:

- Die Sanierungsklausel ist mit Veröffentlichung des BMF-Schreibens im BStBl. I bis zu einem abschließenden Beschluss der Kommission nicht mehr anzuwenden. Entsprechende Bescheide können unmittelbar unter Hinweis auf den Beschluss der



Kommission begründet werden. Dies gilt auch in Fällen, in denen eine verbindliche Auskunft erteilt worden ist.

- Bereits unter Anwendung der Sanierungsklausel durchgeführte Veranlagungen bleiben einschließlich der entsprechenden Verlustfeststellungen bis auf Weiteres bestehen. Potenzielle Beihilfeempfänger sind darauf hinzuweisen, dass im Falle einer Negativentscheidung durch die Kommission alle rechtswidrigen Beihilfen zurückgefordert werden müssen.
- Alle potenziellen Beihilfeempfänger sind über die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens zu informieren.

Sofern die Sanierungsklausel als unzulässige staatliche Beihilfe eingestuft wird, ist Deutschland gemeinschaftsrechtlich dazu verpflichtet, die Regelung aufzuheben und bereits geleistete Vorteile zurückzufordern. Dies betrifft selbst bestandskräftige Bescheide. Ein Vertrauensschutz ist nicht gegeben.

Wir werden Sie über Neuigkeiten hierzu auf dem Laufenden halten.